

Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin

XVIII. Wahlperiode



Protokoll

58. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 16.06.2011
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:00 Uhr
Ort, Raum: Evangelischer Kirchenkreis Neukölln, Rübelandstraße (im Hof) 9 B, 12053 Berlin

Anwesende:

Finger, Jutta	SPD	
Knörr, Sabine	SPD	
Pohl, Manuela	SPD	
Daum, Björn	CDU	Vertretung für: Khalil, Nader
Wagner, Heinz	Grüne	
Wittke, Franz	FDP	
Rühlmann, Wolfgang	GRAUE	
Karaaslan, Gülaysan	LINKE	
Becker, Hans-Peter	Katholische Kirche	
Danquart, Iris	Kinder- und Jugendhilfeverbund gGmbH	Vertretung für: Knoller, Elisabeth
Haese, Axel	Human. Verband	
Heeb, Bernhard	Nachbarschaftsheim	
Honisch, Manuel	SJD-Die Falken	
Lemming, Siegfried	Diakon. Werk	
Petzold, Olaf	Evangelische Kirche	
Stratmann, Martin	Paritätischer Wohlfahrtsverband	Vertretung für: Ahrens, Jens Holger
Wälde, Eva	OutReach	Vertretung für: Heinemann, Gabriele
Posner, Bernd	BEA Neukölln	
Vonnekold, Gabriele	JugDez	
Dr. Gallus-Jetter, Gabriele	JugDir	

Mitarbeiter der Verwaltung:

Könning, Saskia	JugDez 1
Ortmann, Gerd	Jug Z L
Schramm, Robert	Jug NO L
Mitbach, Erich	Jug NW L
Hoppe, Axel	Jug S L

Gäste:

Rauter, Marco	AWO Schuldnerberatung
Lersner, Marita	Ev. Kirchenkreis
Tietze, Birgit	AG 78 Jugendberufshilfe
Gesenhoff, Judith	Diakonie
Kennert, Viola	Superintendentin Ev. Kirchenkreis

Kaune-Sachau, Barbara	Familienzentren Ev. Kirchenkreis
Hutzler, André	FiPP e.V.
Wedeward, Helmut	BEA Kita Neukölln

Abwesende:

Khalil, Nader	CDU	entschuldigt
Schwarzer, Christina	CDU	entschuldigt
Ahrens, Jens Holger	AWO	entschuldigt
Gelfert, Karin	Junge HumanistInnen	entschuldigt
Heinemann, Gabriele	Mädchenarbeit	entschuldigt
Knoller, Elisabeth	Kinderschutzzentrum	entschuldigt
Kohn, Ivetta	Behindertenarbeit	unentschuldigt
Meinecke, Wolfgang	Bezirksschulbeirat	unentschuldigt

Frau Finger begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste und die Mitarbeiter der Verwaltung und stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig zugegangen ist. Sie eröffnet die 58. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und dankt dem Evangelischen Kirchenkreis für die Gastfreundschaft.

zu 1 Protokolle der 55. und 56. Sitzung

Zu den Protokollen der 55. und 56. Sitzung gibt es keine Ergänzungen. Die Protokolle der 57. und 58. Sitzung des Jugendhilfeausschusses gelten als beschlossen, wenn diesen innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung nicht widersprochen wird.

zu 2 Kiez AG

Es sind keine Vertreter der Kiez-AG anwesend.

zu 3 Vorstellung der Angebote des evangelischen Kirchenkreises Neukölln für Kinder und Jugendliche

Der evangelische Kirchenkreis entstand 1998 durch Zusammenschluss der Gemeinden der Kirchenkreise Neukölln und Königs Wusterhausen und umfasst aktuell etwa 80.000 Gemeindemitglieder. Einen Schwerpunkt stellt die gemeindliche Arbeit mit Kindern und Jugendlichen dar. Die 27 Kirchengemeinden bieten für 156 Jugendgruppen mit etwa 1.741 Mitgliedern Räumlichkeiten für Jugendkeller und -etagen, aber auch Kinder- und Jugendgottesdienste, Kinder- und Jugendreisen und Maßnahmen politischer Bildung an. An 528 Veranstaltungen und Projekten nahmen 20.000 junge Besucher teil. 66 Hauptamtliche mit Stellenanteilen sind verantwortlich für diese Bildungs- und Freizeitangebote.

Der evangelische Kirchenkreis arbeitet in Kooperation mit den Regionalen Sozialen Diensten Neukölln zusammen und begleitet in Rahmen der ambulanten Erziehungshilfen durchschnittlich 120 Familien im Jahr. Sie stammen überwiegend aus dem Schillerkiez, Flughafenkiez, Rollberg, Körnerpark, Kranoldkiez und Silbersteinstraße. Aufsuchende Elternarbeit wird in Ergänzung zur schulbezogenen Jugendsozialarbeit an den Schulstationen der Hermann-Boddin-Grundschule, der Karl-Weise-Grundschule und der Albert-Schweitzer-Oberschule angeboten. Mit den Projekten „Warthe 60“, „Stadtteilmütter in Neukölln“, „BABA“ und „Känguru“ und dem Jugendclub „The Corner“ werden die Tätigkeiten durch präventive Jugend- und Familienarbeit ergänzt.

Übergreifende Beratung bieten der Migrantensozialdienst/Al Muntada, die Migrationserstberatung, der Jugendmigrationsdienst und die BeSoWo Neukölln.

Herr Petzold ergänzt zu den Vorträgen, dass der Kirchenkreis ein sehr großer Träger mit vielen spezifischen Angeboten ist, die er bei Bedarf gern auch noch einmal genauer vorstellen möchte.

zu 4 Vorstellung des Familienzentrums Aronsstraße

Der evangelische Kirchenkreis betreibt 25 Kitas und zwei Eltern-Kind-Gruppen in Neukölln. Betreut werden darin von 384 Mitarbeitern 1.762 Kinder. Der Kirchenkreis hat bisher drei Kitas des Bezirks übernommen: Coretta King (Bohm-Schuch-Weg), Regenbogen (Ulrich-von-Hassell-Weg) und Debora (Aronsstraße).

Um die Familien besser begleiten und auf die sozialen Probleme im Bezirk besser und alltagsnah eingehen zu können, hat der Kirchenkreis beschlossen, an zwei Kitas ein Familienzentrum anzusiedeln. Die Vorbereitungen in der Aronsstraße laufen auf Hochtouren; offizielle Eröffnung ist am 24.06.2011 geplant. Leiterin seit Januar ist Barbara Kaune-Sachau.

Über das Familienzentrum sollen besonders von Überforderung bedrohte Eltern angesprochen und damit Entlastung angeboten werden. Meist vereinen diese Familien zusätzliche soziale und Migrationsprobleme. Sowohl in der Kita als auch im Familienzentrum wird daher auf frühe Förderung gesetzt und Bildungsangebote für Kinder und Erwachsene gemacht. Zusätzlich sollen die Eltern unterstützt werden, diesen Ansatz auch in den Familien fortzuführen. Das Familienzentrum soll aber auch dazu dienen, bei Auffälligkeiten die Familien auf kurzem Wege anzusprechen und ggf. in bestehende Angebote weiter zu vermitteln.

Die praktische Arbeit soll im Januar beginnen. Erste Angebote gibt es bereits jetzt, wie das Elterncafé zweimal in der Woche, der kostenlose Deutschkurs für Mütter und die offene Sprechstunde. Die Stadtteilmütter bieten zusätzliche Einzelveranstaltungen an.

Die Gestaltung der Außenanlage der Kita Aronsstraße wurde über „Soziale Stadt“ finanziert. Mit Hilfe von U3-Mitteln konnte der Krippenbereich ausgebaut werden. Für die Sanierung der Rohrleitungen in der Einrichtung waren Investitionen von mehr als 100.000 Euro notwendig, die nicht durch Fördergelder unterstützt werden. Diese sehr umfangreichen Investitionen würden leichter fallen, wenn die Grundstücke den Trägern übertragen werden könnten. Alle 14 Tage stellt dieser inzwischen eine Anfrage an die Senatsverwaltung.

Frau Vonnekold unterstützt die Träger und berichtet, dass das Abgeordnetenhaus immer wieder neue Gründe anführt, warum eine Übertragung nicht möglich ist. Aktuell soll der Sanierungsbedarf der Kitas ermittelt werden. Sie hofft auf Fortschritte nach der nächsten Wahl.

Herr Lemming Geschäftsführer des Diakonischen Werks Oberspree e.V. und „Simeon“ verteilt Informationsmaterialien und bietet an, bei Interesse die Projekte detaillierter vorzustellen.

Die Planungen für ein zweites Familienzentrum in der Kita Regenbogen laufen bereits.

zu 5 Konsolidierungskonzept der Abteilung Jugend für das Haushaltsjahr 2011

Herr Ortmann - Leiter des Fachcontrollings - informiert, dass mittels ständiger Qualifizierung im Sinne eines sozialräumlichen Ansatzes, insbesondere der neuen Mitarbeiter/innen, und Ausnutzung der sozialräumlichen Ressourcen das Budget eingehalten werden soll. Freiwerdende Stellen sollen schnell wieder besetzt und damit für eine angemessene personelle und organisatorische Personalausstattung gesorgt werden.

Grundsätzlich werden Hilfen zur Erziehung nur mit dem Vier-Augen-Prinzip, einer kollegialen Beratung sowie der zwingenden Genehmigung durch Vorgesetzte eingesetzt. Die verbindliche Dokumentation der sozialpädagogischen Diagnose als Grundlage für eine Hilfe zur Erziehung sowie weiterer fachlicher Standards und die verbindliche Dokumentation einer Kostenanalyse gemäß AV Hilfeplanung helfen, die Wirksamkeit von Hilfen zu evaluieren und die Übersicht über die Ausgaben zu behalten.

Zusätzliche Kontrolle erfolgt durch eine generelle Fallrevision in besonderen Leistungsfeldern sowie individualisierte Fallrevisionen bei der Entsperrung gemäß HWR. Zudem sind die Mitarbeiter/innen angehalten, im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben von teuren stationären hin zu kostengünstigeren ambulanten und teilstationären Hilfen umzusteuern. Hinzu kommt die Rezentralisierung der Pflegekinderhilfe und damit mittelfristige Bereitstellung von mehr Krisen- und Bereitschaftspflegestellen zur Senkung der stationären Kosten bei Inobhutnahmen im Alter von 0 – 6 Jahren.

Jedes Team und jede Region hat ein eigenes Budget für die Hilfen zur Erziehung. Durch ein selbst entwickeltes Datenbanksystem wird garantiert, dass die verantwortlichen Mitarbeiter des RSD jederzeit eine taggenaue Überprüfung ihrer Ausgabensituation, ihrer Festlegungen gemäß Hilfeplänen für das gesamte Jahr sowie der Durchschnittskosten pro Produkt im Vergleich zum Berliner Median haben.

In regelmäßigen Budgetgesprächen zwischen Fachcontrolling und Regional- und Teamleitungen des RSD werden pro Team bis auf den Einzelfall hinab alle Abweichungen, die budgetbedeutsam sind bzw. über dem Median liegen, intensivst erörtert und „best practice“ Beispiele einzelner

Teams verallgemeinert. Hier werden auch alle Neuerungen und Veränderungen aus den Produktmentorenrunden direkt erörtert und umgesetzt.

Durch die intensive Beachtung der Mechanismen der Kosten-Leistungs-Rechnung zur Refinanzierung der HzE (Basiskorrektur für 2010 und Finanzausweisung für 2013) konnte im Jahr 2010 eine Nachbudgetierung in Höhe von 1,755 Mio. Euro erwirtschaftet werden, zusammen mit dem Preissteigerungsfaktor ergab dies eine Basiskorrektur in Höhe von 2,291 Mio. Euro, welche die Lücke zwischen Haushaltsansatz und Ausgaben in 2010 im Bereich der HzE in Höhe von 4,245 Mio. Euro auf 1,953 Mio. Euro senken konnte. Trotz der erheblichen Senkung der absoluten Ausgaben konnte im Jahr 2010 eine Finanzausweisung für 2012 in Höhe von 45,267 Mill. Euro erwirtschaftet werden.

Ausgehend von den Erfahrungen anderer Bezirke, die bereits eine Tiefenprüfung ihrer HzE-Kosten nach berlineinheitlicher Methodik durchgeführt haben, hat das Jugendamt seit ca. Oktober 2010 intensivst darauf hingewirkt, dass Kostenübernahmen vor bzw. in Ausnahmefällen bei hoher Arbeitsbelastung sehr zeitnah zum Beginn der Hilfen gefertigt werden, damit die entsprechenden Rechnungen periodengenau in ProFiskal erfasst werden können. Andere Bezirke haben hier teilweise Millionenbeträge vor sich hergeschoben. Daraus resultiert zunächst eine Erhöhung der prognostischen Kosten der HzE in diesem Jahr, die sich ab ca. Juli/August 2011 (Beendigungsdatum vieler stationärer Hilfen zum Schuljahresende) mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder herabnivellieren wird.

Damit sind alle Stellschrauben, die entweder vom Fachcontrolling oder vom Finanzcontrolling zur Steuerung der Umsetzung des SGB VIII im Jugendamt Neukölln nur möglich sind, gesetzeskonform angezogen. Der Haushaltsansatz 2011 wird jedoch überschritten. Die erfolgte Kürzung beim Ansatz der Hilfen zur Erziehung Anfang des Jahres um knapp 600.000,- € kann nicht kompensiert werden. Darüber hinaus lassen sich steuerbare und planbare Faktoren nicht kalkulieren, wie der erhebliche Zuzug hoch problembelasteter Großfamilien, Herausnahmen ganzer Geschwisterreihen sowie sonstige notwendige teure Inobhutnahmen aus Kinderschutzgründen.

Das SGB VIII muss unabhängig von der Finanzsituation umgesetzt werden. Die Kostenentwicklung ist nur begrenzt steuerbar und bei Überschreiten von Haushaltsansätzen hat das Jugendamt auch keine „Finanzpolster“ in anderen Bereichen. Personalmittel können nicht eingesetzt werden, um „zu hohe“ Kosten im HzE-Bereich auszugleichen, da Neukölln bereits jetzt die mit geringste Personalausstattung der Berliner Jugendämter aufweist.

Der Einsatz von präventiv wirkenden Mitteln (z. B. Freizeiteinrichtungen, Schulstationen, Leistungsverträge im Vorfeld von HzE etc.), um „zu hohe“ Kosten im HzE-Bereich auszugleichen, wäre sehr kurzfristig, weil damit zwangsläufig ein nicht kontrollierbarer Anstieg der HzE-Kosten in den kommenden Jahren verbunden wäre.

Auf die Anmerkung, dass die Mengenkosten doch so gesteuert werden sollten, dass sie unter dem Median liegen, erklärt Frau Dr. Gallus-Jetter, dass sich die Mengen einpendeln. Jeder Bezirk ist bestrebt, unterhalb des Medians zu liegen. Dadurch sinkt dieser immer weiter. Wichtig ist, die Produkte umfassend zu beschreiben, um eine wirkliche Vergleichbarkeit zu erhalten.

Herr Ortmann berichtet, dass der Druck und die Belastung für die Mitarbeiter deutlich gestiegen sind. Trotz der Maßnahmen konnten alle Mitarbeiter gewonnen werden, auch weil ihnen die Zusammenhänge erläutert wurden. Sie sind selbst engagiert, die HzE durch präventive Ansätze zu kompensieren.

Frau Vonnekold sieht ein erkennbares Haushaltsrisiko von 1 Mio. Euro. Davon wird ein Teil abgedeckt, sodass ggf. ein Restrisiko von einer ½ Mio. Euro verbleibe. Die Berechnung berücksichtigt das normale Niveau – nicht kalkulierbare Inobhutnahmen und stationäre Unterbringungen sind darin nicht enthalten.

Frau Finger dankt für die Darstellung.

zu 6 Vorstellung des Konzeptes für die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Papier der AG8 der AGBÖJ "Beschreibung der Leistung - Förderung der Erziehung in der Familie nach § 16 SGB XIII"

In diesem Frühjahr hat sich der Jugendhilfeausschuss sowohl mit Frühen Hilfen als auch mit der in der öffentlichen Jugendhilfe im Land Berlin abgestimmten Beschreibung der Leistung nach § 16 SGB VIII befasst. Im April hat er die Verwaltung des Jugendamtes aufgefordert, bis zur Sommerpause ein Konzept zur Umsetzung der Forderungen aus dem Papier vorzulegen.

Die Leistungen nach § 16 SGB VIII werden in Einrichtungen in freier oder öffentlicher Trägerschaft angeboten. Hierzu ist eine Bestandsanalyse in Arbeit, die nach Abschluss auch dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt wird. Ab September 2011 wird das Jugendamt Neukölln eine Fachkraft „Fachsteuerung Familienförderung“ (Arbeitstitel: FS FF) implementieren und u. a. mit der Fertigstellung dieser Analyse beauftragen.

Im Jahr 2010 wurden lt. Produktvergleichsbericht (12 aus 2010) durch das Jugendamt Neukölln ca. 1 Mio. Euro für derartige Leistungen aufgewendet. Das entspricht ca. 2,2 % des für HzE aufgewendeten Finanzvolumens. Ergänzt wurden diese jugendamtsfinanzierten Leistungen durch viele entsprechende Projekte in Einrichtungen meist freier Träger, die durch QM/Soziale Stadt oder durch Stiftungsmittel finanziert wurden.

Die Leitungskräfte sowie die fachliche Steuerung im Jugendamt Neukölln haben sich in den letzten beiden Monaten mit der möglichen Implementierung von mehr Leistungen nach § 16 SGB VIII befasst und mehrere Varianten diskutiert.

Variante 1: Flächendeckendes Angebot

Wünschenswert und langfristig anzustreben ist ein umfängliches, flächendeckendes Angebot an 16-er Leistungen in jeder der 10 Bezirksregionen; mindestens aber in jeder der nach sozialen Gewichtungsfaktoren definierten 8 Jugendamtsregionen.

Dafür wäre aber eine Vollfinanzierung von 32 Mio. Euro für ganz Berlin, etwa 3 Mio. Euro für Neukölln - wie in der Beschreibung der Leistung von der AG 8 der AG BÖJ kalkuliert - erforderlich, die angesichts der prekären Haushaltslage im Land Berlin vorerst Utopie sein dürfte. Die Idee, hilfsweise den Ausbau je eines Angebotes in jeder der drei großen Regionen (Regionalverbund NW, NO und Süd) zu forcieren, wurde von der Leitungsrunde als nicht wegweisend verworfen. Stattdessen verständigte sich die Leitungsrunde des Jugendamtes auf die Kombination der folgenden zwei Varianten, die auch dann realisierbar wären, wenn der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses dem Antrag der Bezirksjugendstadträte auf eine zusätzliche Finanzausweisung in Höhe von 250.000 Euro pro Bezirk und Jahr entspricht. Dies stellt die Mindestausstattung der Bezirke dar, um eine nachweisbare und darstellbare Wirkung zu erzielen.

Variante 2: Aktionsfonds zum Ausbau ehrenamtlichen Engagements bei FS FF sowie Aufbau eines Qualitätsmanagements (Berichtswesens, Evaluation)

Vorhandene Stützpunkte der Familienförderung, die vom Wegfall von Mitteln der Sozialen Stadt betroffen sind, sollen mit Aktionsfonds der FS Familienförderung (FS FF) unterstützt werden. Zielgruppe des Aktionsfonds könnten somit insbesondere ehrenamtliche Mitarbeiter/innen von Elterncafés, Kindereinrichtungen, Schulstationen und Kitas sein.

Insbesondere engagierte Peer-Eltern, verdiente Stadtteilmütter, interkulturelle Moderatoren, Integrationslotsen, Talentpaten und Vorlesepaten sollen weiter gefördert und angespornt werden. Außerdem bedarf es (wo)manpower für Erhebungen und Evaluationen bei der Fachsteuerung.

Die Finanzausstattung in Höhe von 100.000 Euro wird von FS FF verwaltet und soll mit ca. 37.000 Euro der Finanzierung von ca. 0,75 Stellen (Sozialwissenschaftler und auf Honorarbasis) dienen und mit ca. 63.000 Euro einen Aktionsfonds ausstatten, aus dem 48.000 Euro der Finanzierung von Aufwandsentschädigungen für ca. 40 Ehrenamtliche (x 1.200) und 15.000 Euro der Finanzierung von Aufwendungen für Veranstaltungen/Feste usw. dienen.

Variante 3: Ein Kompetenzzentrum „FiNk“ als Modelleinrichtung - unser Favorit!

In einer Region soll eine Einrichtung, die bereits Erfahrung mit Familienförderung hat, modellhaft, umfassend vernetzt im Sinne einer Präventionskette weiter ausgebaut werden. Zielgruppe dieses Modellprojekts sind Erziehende von Kindern im Alter von 0 – 10 Jahren.

Bei einer Finanzausstattung von 150.000 Euro sind ca. 75.000 Euro für Fachpersonal und ca. 75.000 Euro für den Modellprojekt-Aktionsfonds einzuplanen (60.000 Euro für ca. 50 Ehrenamtliche [x 1.200] und 15.000 Euro für Feste, Aktivitäten, Materialien usw.).

Modellgebend ist hier die Idee einer „Präventionskette“ in Anlehnung an das Dormagener Modell.

- Alle vor Ort ansässigen, tätigen Akteure, Institutionen und Verbände sollen vernetzt und alle beteiligten politischen Handlungsfelder abteilungsübergreifend verknüpft werden (Gesundheit - Jugend - Bildung - BzBm – Bau – Soziales – JobCenter).
- Die professionellen Kräfte sollen aufgestockt werden (zusätzliche Sozialarbeiter, Freiwilligenmanager, Verwaltung).
- Das Zusammenspiel von professionellen Kräften und Laien/Semiprofessionellen aus der Bevölkerung soll besser organisiert und hierdurch sollen langfristig wirkende, integrierende/integrierte Projekte und Maßnahmen initiiert werden. Auch hier soll ein Aktionsfonds zum Einsatz kommen.
- Die Bevölkerung soll intensiv lebensweltorientiert beteiligt und aktiviert werden (niedrigschwelliger Familientreffpunkt; aufsuchende Arbeit).
- In dieser Modelleinrichtung soll – entgegen den sehr unterschiedlichen Ratschlägen von „Experten“ – ein minimaler Erziehungskonsens für den Einzugsbereich gefördert werden, der von Profis und Peer-Eltern getragen wird.
- Finanzielle Ressourcen werden gebündelt.
- Neue Kooperations- und Organisationsstrukturen werden geschaffen (nachfolgend zu pädagogischen und gesundheitsfördernden SGB II-Maßnahmen), neue Karrierewege in pflegenden und erzieherischen Berufen werden eröffnet, wie z. B. Sozialassistent.

In Frage kommen aus Sicht der Regionalleitungen z. B. im NW das NBH in der Schierker Str., im NO die Kita Treptower Str. und im Süden das Sun-Café.

Herr Petzold begrüßt die Idee und möchte gern den zuständigen Mitarbeiter JugFS FF kennenlernen.

Herr Rühlmann möchte gern das Projekt Lesen und Schreiben einladen und als Träger aufnehmen. Mit der Alphabetisierung sollte bereits in den Kitas begonnen werden.

Das Skript ist dem Protokoll in elektronischer Form beigelegt. Auf Nachfrage kann es im BVV-Büro ausgedruckt werden.

**zu 7 Kostenloses Singen?
Drucksache: 1717/XVIII**

Der Antrag wird zurückgestellt.

**zu 8 Naschgärten und -spielplätze
Drucksache: 1792/XVIII**

Frau Finger begründet den Antrag und bittet um Abstimmung.

Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen angenommen.

Frau Vonnekold wird die Kitas anschreiben, für Naschgärten werben und dem JHA nach der Sommerpause berichten.

zu 9 Vorstellung der AWO-Schuldnerberatung

Herr Rauter von der AWO-Schuldnerberatung stellt die Arbeit vor. Im Januar 2011 hat die Schuldnerberatung mit 10 Beratern und 2 Verwaltungskräften in der Mahlower Straße 23 ihre Arbeit aufgenommen und bis zum 31.05.2011 bereits mehr als 3800 Beratungen durchgeführt.

Sie bietet offene Sprechstundenberatungen im JobCenter (an 4 Tagen in der Woche) aber auch im Jugendberatungshaus an, welche überwiegend von unter 25-Jährigen genutzt wird. Ein Termin ist nicht erforderlich, schwerwiegende Fälle werden sofort oder am folgenden Werktag beraten. Die anderen erhalten einen zeitnahen Termin innerhalb von 4 Wochen. Der Schwerpunkt liegt auf der Existenzsicherung, wenn Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, Haftstrafen, Kontopfändungen oder Wohnungsverlust drohen. Das JobCenter vermittelt häufig direkt in die Beratung vor Ort.

Der zweite Schwerpunkt liegt bei der Zusammenarbeit mit Schulen, dabei besuchen die Klassen die Mahlower Straße, die Schuldnerberatung aber auch die Schulen. In Workshops und Vorträgen soll vor allem die Finanzkompetenz den Jugendlichen vermittelt werden.

Frau Titze ist froh über das Angebot der Schuldnerberatung im JBH. In der offenen Sprechstunde kommen in der Regel alle ran.

zu 10 Mitteilungen

Mitteilungen der Verwaltung:

- Der Kelch des bürokratischen Monsters Bildungs- und Teilhabepaket ist am Jugendamt weitgehend vorbei gegangen. Lediglich mit den Trägern der Kita-Einrichtungen muss abgerechnet werden. Da unter den aktuellen Voraussetzungen eine Tiefenprüfung der Trägerangaben nicht möglich ist, hat Frau Vonnekold eine schriftliche Regressfreistellung für dieses Verfahren erbeten. Im Bereich Kindertagespflege sind bis heute keine Anträge eingegangen. Erste Anfragen der Träger gab es bereits.

Herr Petzold ergänzt, dass ihm zurzeit 15 Anträge von 400 vermuteten Fällen vorliegen. Ihm wurde mitgeteilt, dass ISBJ zum Januar 2012 das Verfahren unterstützen soll. In dem beschriebenen Verfahren sieht auch er jedoch dem Betrug Tür und Tor geöffnet. Der evangelische Kirchenkreis hat viele Einrichtungen an der Berliner Stadtgrenze. In Brandenburg ist das Verfahren wieder ganz anderes geregelt. Herr Heeb bemängelt den gigantischen Aufwand für 3 Euro.

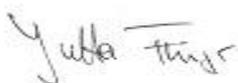
- Die Fachstelle für Suchtprävention lädt zum 5. Berliner Werkstattgespräch zum Thema „Glücksspielsucht“ am 23.06.2011 von 10 bis 12.30 Uhr in das Rathaus Schöneberg ein. Bearbeitet werden die Fragen: Wie können Migrant/innen für die Gefahren einer Glücksspielsucht sensibilisiert werden? Was können wir von den Selbsthilfeverbänden und ehemaligen Spieler/innen lernen? Prävention von Glücksspielsucht in der Jugendarbeit: Welche Angebote braucht es?
- Die diesjährige Sommerschule findet dieses Mal unter dem Motto „Demokratie, Umwelt und Ernährung“ vom 4. Juli bis 22. Juli 2011 in der Stadtvilla Global, Otto-Wels-Ring 37, 12351 Berlin statt. Gastprofessor der Sommerschule ist Johannes Heinrichs, Professor für Philosophie und Sozialökologie. Die Neuköllner Sommerschule, die dieses Jahr zum 7. Mal stattfinden wird, ist ein 3-wöchiges Ganztagsprojekt, das den Neuköllner Kindern, die in den Sommerferien zu Hause bleiben müssen, ein attraktives Angebot jenseits von „Abhängen“ und Computerspielen machen soll. Ziel des Projektes ist eine möglichst breite Erweiterung des Horizonts mit dem Schwerpunkt der sozialen und demokratischen Kompetenz.
- In den Sommerferien ab 25.07.2011 bis 12.08.2011 finden wieder wochentags von 15 bis 19 Uhr die Platzspiele statt. Beispielsweise laden der Jugendclub Ufo und das KCH Hüpferring in der Lipschitzallee 27 zu abwechslungsreichen Angeboten wie Malen, Basteln, Bewegungsspiele und Fußballturniere auf dem Spielplatz an der Hirtsieferzeile ein.

zu 11 Nächste Sitzung

Frau Pohl beschwert sich, dass immer wieder Mitglieder des Jugendhilfeausschusses die Sitzung vorzeitig verlassen. Sie schlägt vor, bei besonders langen Tagesordnungen lieber eine weitere Sitzung einzuberufen.

Auch Frau Vonnekold bedankt sich für die angenehme Zusammenarbeit und die hilfreichen Hinweise.

Berlin-Neukölln, 25.7.2011



Jutta Finger
Vorsitzende des Ausschusses

Saskia Könning, Protokollführerin